

Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Institut für Niederlande-Studien  
Wintersemester 2007/2008  
Seminar: Einführung in die politischen Systeme  
der Niederlande und Deutschlands im Vergleich  
Münster, den 31. März 2008

## **Die Nichtwähler**

### **Aktuelle Trends der Wahlenthaltung in Deutschland**

Bearbeitet von:  
Alexander Jonas

---

## Inhalt

Inhalt.....	2
1. Einleitung .....	3
2. Vorbetrachtung.....	4
3. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland .....	5
3.1 Kaiserreich .....	5
3.2 Weimarer Republik.....	6
3.3 Bundesrepublik .....	6
3.3.1 Bundestagswahlen.....	6
3.3.2 Landtags- und Kommunalwahlen.....	8
4. Charakteristika der Nichtwähler .....	10
4.1 Sozialstrukturelle Merkmale .....	10
4.1.1 Alter und Geschlecht.....	10
4.1.2 Bildung und Beruf .....	11
4.1.3 Konfession .....	12
4.2 Milieu und soziales Netzwerk .....	12
4.3 Parteibindung und -identifikation .....	12
4.4 Kandidaten und Programme .....	13
4.5 Wertewandel und Wahlnorm .....	13
5. Deutung der abnehmenden Wahlbeteiligung .....	14
5.1 Normalisierungsthese.....	14
5.2 Krisenthese .....	15
6. Nichtwähler in anderen Ländern .....	15
6.1 USA.....	15
6.2 Schweiz.....	16
6.3 Frankreich .....	16
6.4 Niederlande.....	16
7. Schlussbetrachtung.....	17
Literaturverzeichnis .....	18

## 1. Einleitung

Schon vor Schließung der Wahllokale hatte sich am 18. September 2005 ein mittlerweile bekanntes Bild abgezeichnet: Es war Wahl, aber ein großer Teil der Bevölkerung ging nicht hin. Auch diesmal war dieser Anteil, der Anteil von *Nichtwählern*, gestiegen. Laut amtlichem Ergebnis beteiligten sich 77,77 % der Wahlberechtigten an den letzten Bundestagswahlen – ein Tiefststand in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (2002: 79,1 %).

Seit den 1980er Jahren ist sowohl bei Bundestags-, stärker noch bei Landtags- als auch Kommunalwahlen ein drastischer Rückgang der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Und das, obwohl Deutschland im internationalen Vergleich lange als „Musterland“ in punkto Wahlbeteiligung galt. (Vgl. Kleinhenz 1995: 15)

Politik und Medien nehmen diese Ergebnisse immer wieder zum Anlass, um über die Gründe für die Wahlabstinenz zu spekulieren. Oftmals fallen in diesem Zusammenhang die Schlagworte „Politikverdrossenheit“ (im Jahr 1992 „Wort des Jahres“) oder „sinkendes Vertrauen in die Demokratie“. Und auch in Wahlkämpfen zieht man Konsequenzen und wendet sich immer mehr den Nichtwählern zu. Die Kampagnen der Parteien „dienen inzwischen eher der Mobilisierung denn der Überzeugung.“ (Eilfort 1994: 20)

Mit seiner steigenden Bedeutung wurde der Nichtwähler Anfang der 1990er Jahren verstärkt auch für die Forschung interessant. Zuvor war man davon ausgegangen, vor allem kurzfristige Motive oder Randgruppenzugehörigkeit wären ausschlaggebend, nicht zur Wahl zu gehen. Heute weiß man, dass die Gruppe der Nichtwähler ungleich komplexere Strukturen aufweist.

Diese sollen in dieser Arbeit näher untersucht werden. Die Fragestellungen lauten dabei, wer in welchem Umfang nicht mehr zur Wahl geht und warum. Der Schwerpunkt der Betrachtungen soll auf den deutschen Bundestagswahlen liegen, ein internationaler Vergleich mit anderen westlich-liberalen Demokratien erfolgt darüber hinaus im letzten Kapitel.

Zum Einstieg möchte ich der Frage nachgehen, ob man bei der Nichtwählerthematik überhaupt von einem „Problem“ sprechen kann. Sind steigende Nichtwählerzahlen tatsächlich schlecht für die Demokratie, wie oft suggeriert wird?

## 2. Vorbetrachtung

### *Ist hohe Wahlbeteiligung positiv, niedrige negativ zu bewerten?*

Freie Wahlen sind „ein Grundelement demokratischer Herrschaft“ (Schubert/Klein 2006). Vom Grundgesetz werden sie neben Abstimmungen als zentrales Partizipations- und Kontrollinstrument angesehen (Art. 20 II GG). Und so wird das Wählen von Volk und Politik vielfach als eine staatsbürgerliche Pflicht verstanden – eine Verhaltensnorm, die man erfüllen muss. Nichtwähler, so die vorherrschende Meinung, verwirkten „durch ihre Abstinenz das Recht zur Kritik an politischen Entscheidungen“ (Eilfort 1994: 25) und förderten überdies Parteien, denen sie fern stünden.

Eine hohe Wahlbeteiligung sei des Weiteren ein Indikator für die Stabilität und die Sicherheit eines politischen Systems und Ausdruck der staatsbürgerlichen Reife eines Volkes. Diese Auffassung lässt außer Acht, dass gerade Länder mit langer demokratischer Tradition wie die Schweiz oder die USA sehr geringe Wahlbeteiligungen aufweisen. Will man diesen vorwerfen, ihre Bürger seien unreif oder nur mangelhaft integriert?

Zudem sind hohe Wahlbeteiligungen gerade in einigen Systemen zu verzeichnen, die gerade als undemokratisch gelten. So ein Beispiel war etwa die DDR: Bei den Volkskammerwahlen lag der Nichtwähleranteil stets unterhalb von 2 % (LZpB NRW 1998). In Nordkorea beteiligten sich im Jahr 2003 laut staatlichen Angaben gar 99,9 % an den Parlamentswahlen (Berliner Zeitung 2003). Natürlich sind dies Ergebnisse, die auf Wahlmanipulationen zurückzuführen sind, und daher nach westlich-liberalen Demokratie-Vorstellungen keinen Sinn machen. Sie sollen deshalb im Folgenden nicht näher berücksichtigt werden.

Doch auch bei freien und fairen Wahlen muss sich eine hohe Wahlbeteiligung nicht immer positiv auswirken, so eine andere Ansicht. Denn die

„Mobilisierung politisch uninteressierter, uninformatierter und unreflektierter Nichtwähler [kann] einen Unsicherheitsfaktor in das Spiel [bringen und] sei Indiz für gefährliche Emotionalisierung und Ausdruck der Krise des betreffenden Systems.“ (Eilfort 1994: 26).

In der späten Weimarer Republik etwa, war genau dies der Fall. Entgegenen könnte man dieser Meinung wiederum, dass das demokratische System der Bundesrepublik Deutschland „trotz“ verhältnismäßig hoher Wahlbeteiligungen jahrzehntelang sehr gut funktioniert hat.

Aus diesen Vorbetrachtungen folgt: Die Quantität der Wahlenthaltung an sich kann kaum ein Qualitätsmerkmal von politischen Systemen darstellen. Es ist insofern nicht geboten, Nichtwähler per se als verantwortungslos oder unmündig herabzusetzen. Das Phänomen sinkender Wahlbeteiligungen muss vielmehr differenzierter, vor dem Hintergrund sich verändernder soziologischer Kontexte und der politischen Kultur, betrachtet werden.

### **3. Die Entwicklung der Wahlbeteiligung in Deutschland**

#### **3.1 Kaiserreich**

Die „erste Institution der modernen Massendemokratie auf deutschem Boden“ (Eilfort 1994: 44) war der Reichstag im Deutschen Kaiserreich, auch wenn dieser nur über relativ wenig Macht verfügte. Die Parlamentswahlen waren direkt, geheim und allgemein – letzteres allerdings nur bedingt, denn das Wahlrecht hatten nur Männer ab 25 Jahren inne. Zwischen 1871 und 1912 stieg die Wahlbeteiligung fast kontinuierlich an und nahm in diesem Zeitraum um 34 % zu. Zu den Wahlen am 12. Januar 1912 gingen 84,9 % der männlichen Wahlberechtigten. (Vgl. Eilfort 1994: 45)

Vor allem die SPD konnte nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 viele Parteigänger gewinnen und trug nicht unwesentlich zu dem Anstieg der Wahlbeteiligung bei. So hatte sich in Deutschland die politische Massenpartizipation durch Wahlen schon vor dem ersten Weltkrieg gefestigt und institutionalisiert. (Vgl. Alemann 2000: 30; Eilfort 1994: 44ff.)

## **3.2 Weimarer Republik**

1918 entstand ein demokratisches System, bei dem das Parlament weit- aus größere Kompetenzen hatte, als noch im Kaiserreich. In der Weimarer Republik wurde erstmals das Verhältniswahlrecht eingeführt; mit der Besonderheit, dass sich die Zahl der Sitze im Reichstag nach der Höhe der jeweiligen Wahlbeteiligung richtete. Zudem konnten nun auch Frauen wählen, das Wahlalter wurde auf 20 Jahre gesenkt – insgesamt waren nun zwei Drittel der deutschen Bevölkerung stimmberechtigt.

Die hohen Wahlbeteiligungen konnten während der Weimarer Zeit weiter gefestigt werden. Bei den Wahlen zwischen 1918 und 1932 variiert der Nichtwähler-Anteil zwar erheblich – erreicht jedoch nie die 25%-Marke. Nach Hitlers Machtergreifung wird bei der letzten Wahl am 5. März 1933 die bislang höchste Wahlbeteiligung von 88,8 % gemessen. (Vgl. Eilfort 1994: 47 f.)

## **3.3 Bundesrepublik**

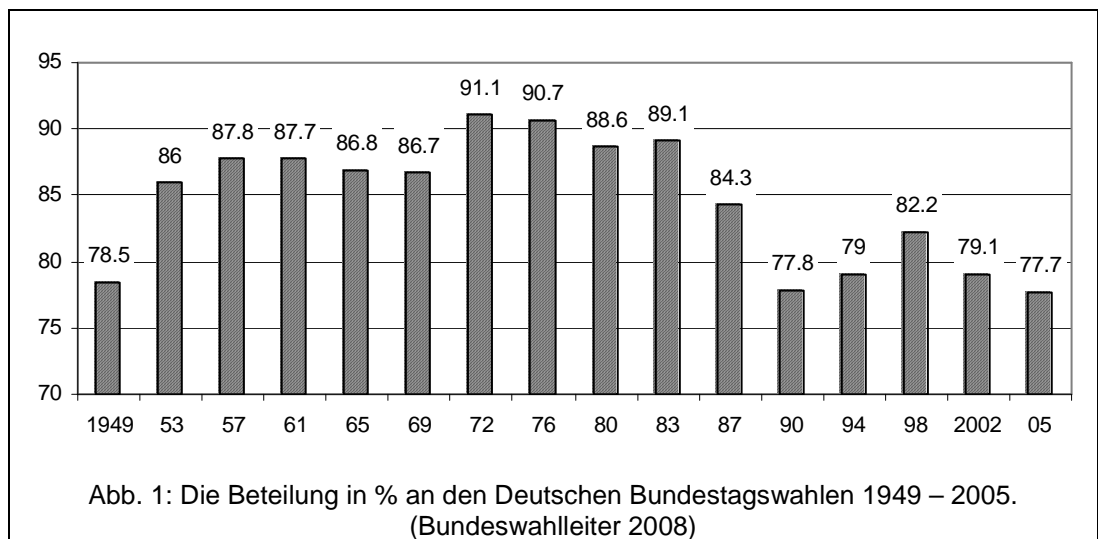
Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man Lehren aus dem Scheitern der Weimarer Republik zu ziehen. Der Föderalismus wurde eingeführt, was bedeutete, dass nun nicht mehr nur auf nationaler, sondern auch auf Landes- und kommunaler Ebene gewählt werden konnte. Darüber hinaus verankerte man die Parteiendemokratie erstmals auch in der Verfassung. Die 5%-Klausel sollte stabile Mehrheiten im Parlament ermöglichen.

### *3.3.1 Bundestagswahlen*

Das wahlfähige Alter blieb auf Bundesebene wie in Weimarer Zeiten zunächst bei 20 Jahren und wurde 1970 auf das noch heutige gültige Alter von 18 Jahren abgesenkt. Dadurch überschritt in der Folge der Anteil der wahlberechtigten Bevölkerung die 70%-Marke (2002: 74,4 %). Von „Bedeutung für die Wahlbeteiligung waren auch die Einführung der Briefwahl 1956 und die Einführung des Wahlrechts für Auslandsdeutsche 1985“ (Eilfort 1994: 49).

Bei den ersten Bundestagswahlen 1949 war die Beteiligung mit 78,5 % noch vergleichsweise niedrig (vgl. Abb 1). Aber schon vier Jahre darauf

zeichnete sich die hohe Akzeptanz und Bedeutung ab, die die Wahl für die Deutschen haben sollte. Zwischen 1953 und 1969 lagen die Nichtwähleranteile recht konstant deutlich unterhalb der 15%-Marke.



Die höchste Mobilisierungsrate in der Geschichte der BRD verzeichnete man 1972: 91,1 % beteiligten sich an diesem Sonntag an der Bundestagswahl. Grund war ein sehr emotional geführter und polarisierender Wahlkampf zwischen dem Kanzler Willy Brandt (SPD) und dem CDU-Spitzenkandidat Rainer Barzel.

„Mit 1972 wird sich so bald kein Wahlkampf mehr vergleichen lassen. Mit seiner knisternden Erregung, mit der Hochstimmung wie bei einem großen Fußballspiel. Alle Trümpfe lagen auf einer Seite. [...] Im Jahre 1972 – und auch schon bei der Bundestagswahl 1969 – schienen alle Menschen wie von einem Fieber ergriffen. 50 Prozent erklärten, sich für Politik zu interessieren. Man muß sich erinnern: Zwischen 1950 und 1965 hatten die Frage: ‚Interessieren Sie sich für Politik?‘ nur 10 bis 25 Prozent bejaht.“ (Noelle-Neumann 1976)

Nach der historischen Rekordwahl hielt sich die Wahlbeteiligung auf Bundesebene auf einem hohen Niveau. Bis 1983 blieb der Prozentsatz der Wahlenthaltungen stets in der Nähe von 10 %.

Die Phase des Rückgangs begann 1987, als erstmals seit 1949 weniger als 85 % der Wähler zum Gang zur Urne mobilisiert wurden. Noch deutlicher lässt sich die Tendenzwende an den darauf folgenden Bundestagswahlen 1990 erkennen, als 22,2 % der stimmberechtigten Bürger der Wahl fernblieben – die bis dahin niedrigste Wahlbeteiligung, die erst 2005 unterschritten wurde. Sie lässt sich wenigstens teilweise mit der Wiedervereinigung begründen: In den neuen Bundesländern war der Nichtwähler-

ler-Anteil 1990 mit 25,5 % etwas höher als in den alten (21,4 %). Interessant anzumerken ist, dass bei den ersten und letzten freien Volkskammerwahlen der DDR im März desselben Jahrs eine Wahlbeteiligung von 93,2 % verzeichnet worden war (vgl. Eilfort 1994: 50). „Auch bei der Bundestagswahl 1994 gab es im Westen (19,5 %) weniger Nichtwähler als im Osten (27,4 %).“ (Kersting 2004: 407)

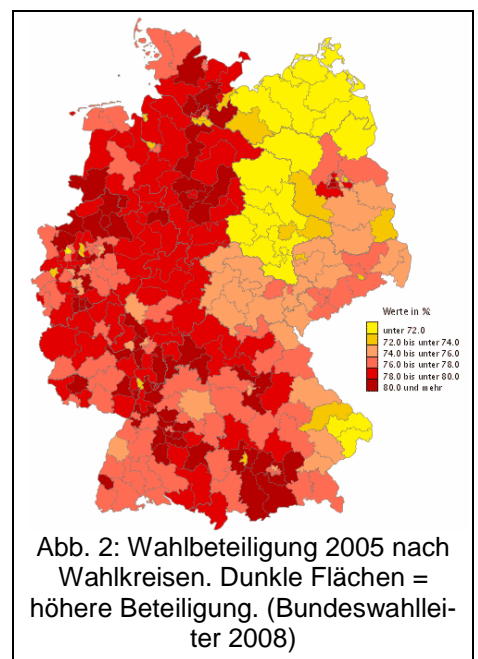
Zwischen 1990 und 2005 pendelte das bundesweite Wahlbeteiligungsniveau zumeist zwischen knapp 78 und gut 79 %. Eine Ausnahme stellt die Wahl 1998 dar (82,2 %), bei der es vor allem der SPD gelang, Nichtwähler zu mobilisieren.

Zur Bundestagswahl 2002 schreibt Kersting:

„[...] die Zahl der Nichtwähler [lag] bei 13,4 Mio. Ungefähr 7 Mio. davon waren auch schon 1998 nicht zur Wahl gegangen. Dabei waren die Wählersalden der Parteien in Bezug auf die Gruppe der Nichtwähler diesmal eher ausgeglichen. Allerdings nahm die Zahl der Wahlenthaltungen unter den Erstwählern drastisch zu: Von möglichen 3 Mio. Erstwählern ging jeder Dritte nicht zur Wahl.“ (Kersting 2004: 409)

Ihre Motive beschrieben die Nichtwähler dieser Wahl vor allem mit „geringer Involvierung“ (45 % gaben diese Antwort). Der Anteil derjenigen Wahlberechtigten, die aufgrund eines „politischen Misstrauens“ nicht ins Wahllokal kamen, lag bei 31 % (Korte o.J.).

Wie schon erwähnt, enthielten sich bei der letzten Bundestagswahl die bisher meisten wahlberechtigten Bürger, nämlich 22,23 %. Ein Ost-West-Unterschied in punkto Wahlbeteiligung ließ sich auch im Jahr 2005 konstatieren (vgl. Abb. 2).

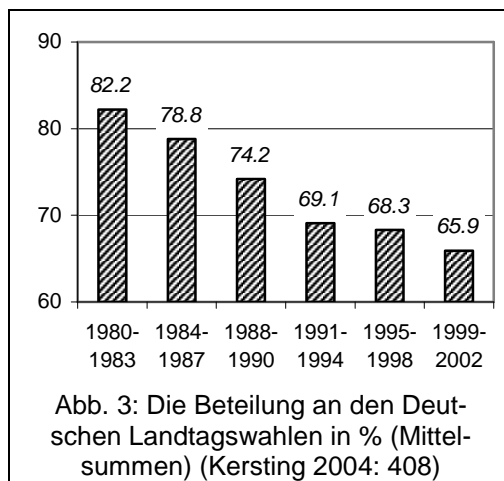


### 3.3.2 Landtags- und Kommunalwahlen

Obwohl die Zahl der Nichtwähler in den letzten zwei Jahrzehnten auf Bundesebene stark gewachsen ist, so erscheint sie im Vergleich zu denen der Landtags- und kommunalen Wahlen in Deutschland doch noch gering. (Dies gilt in noch größerem Maße auch für die „Europawahl“, auf die hier aber nicht näher eingegangen werden soll.)



„Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen liegt in der Regel 10 Prozentpunkte unter den Werten der Bundestagswahl“ (Kersting 2004: 407). Und so zeichnet sich momentan auch bei Landtagswahlen ein deutlicher Anstieg der Nichtwähler ab (vgl. Abb. 3): Lag das Mittel aller zwischen 1980 und 1983 stattgefundenen Parlamentswahlen in den Bundesländern noch bei 82,8 % Beteiligung, so nahm dieser Wert stetig und drastisch ab. Lediglich 65,9 % gingen im Zeitraum 1999-2002 noch zur Urne (Kersting 2004: 407). Anzumerken ist jedoch, dass sich der Rückgang in den 16 Bundesländern unterschiedlich stark ausprägt: In Sachsen-Anhalt ist die Wahlbeteiligung mit 44,4 % am geringsten – und das weit abgeschlagen. Hier bildeten die Nichtwähler bei der letzten Wahl 2006 sozusagen die



absolute Mehrheit. Traditionell geringe Wahlbeteiligungen sind auch in Baden-Württemberg zu verzeichnen (2006: 53,4 %). Die meisten Wahlberechtigten (prozentual) konnte man bei den letzten Wahlen in Schleswig-Holstein mobilisieren. 66,5 % nahmen 2005 an den Landtagswahlen teil. (Vgl. Moehl 2008)

Auf der kommunalen Ebene hat sich die Wahlbeteiligung noch stärker zurückgebildet. In fünf Bundesländern geht nicht mal mehr jeder zweite stimmberechtigte Bürger zur Kommunalwahl. Die 60%-Marke wird nur in Hamburg überschritten (2004: 67,1) (vgl. Moehl 2008). Dies verwundert, denn bei

„Kommunalwahlen sind die Bürger stärker von den anstehenden Entscheidungen betroffen. Zudem lagen die Wahlkampfkosten der lokalen Parteibüros in den vergangenen Jahren bei Kommunalwahlen oft deutlich höher als bei Bundestags- oder Landtagswahlen.“ (Kersting 2004: 408)

Ist die Wahlenthaltung demnach oft irrational? Das nun folgende Kapitel soll sich den Motiven der Nichtwähler genauer widmen.

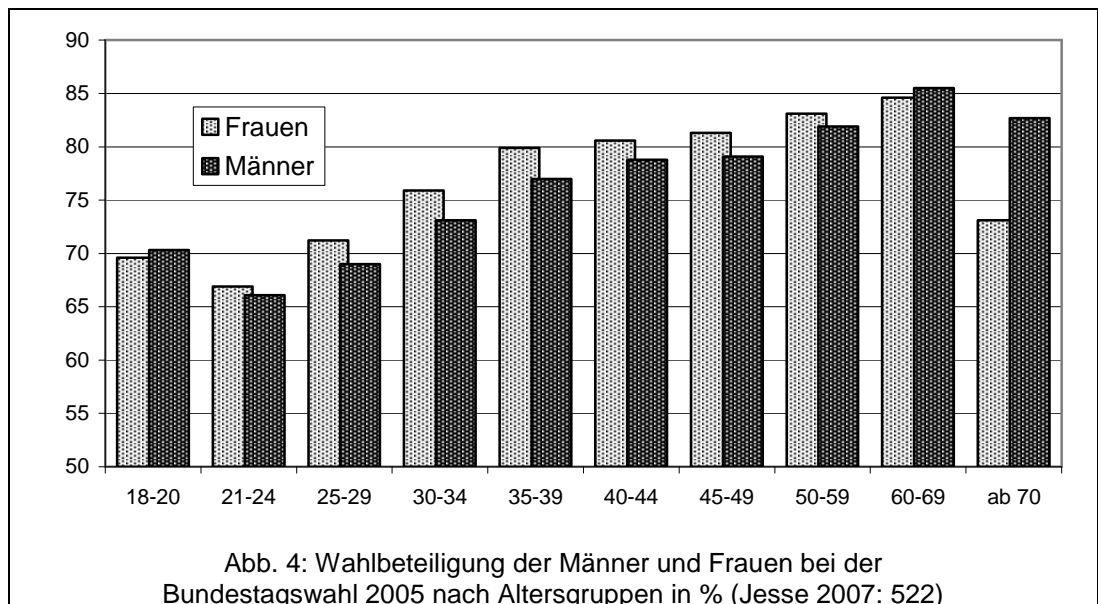
## 4. Charakteristika der Nichtwähler

Lange Zeit wurde die politische Nichtbeteiligung vor allem mit persönlichen Gründen wie Krankheit oder Nicht-Registrierung im Wählerverzeichnis erklärt. Es gab zudem Minderheiten, die sich gewöhnlich nicht an Wahlen beteiligten wie etwa Obdachlose oder Zeugen Jehovas, die zu den „grundsätzlichen Nichtwählern“ zu zählen sind (Eilfort 1994: 58).

Im Folgenden soll die Gruppe der Nichtwähler etwas differenzierter untersucht werden.

### 4.1 Sozialstrukturelle Merkmale

#### 4.1.1 Alter und Geschlecht



An der Bundestagswahl 2005 lässt sich sehen, wie der typische „politische Lebenszyklus“ (Kersting 2004: 410) im Hinblick auf die Wahlbeteiligung verläuft (vgl. Abb 4): Die Motivation zu wählen wird mit steigendem Alter immer höher und nimmt erst bei den Senioren über 70 Jahren wieder ab. Die wenigsten Nichtwähler finden sich in der Gruppe der 60- bis 69-Jährigen, während das Interesse, sich an der Wahl zu beteiligen, gerade bei den Wahlberechtigten zwischen 18 und 24 Jahren verhältnismäßig gering ausgeprägt ist. Dies lässt sich dadurch erklären, dass bei ihnen die politische Integrationsphase noch nicht ganz abgeschlossen ist. Es ist je-

doch anzumerken, dass auch bei den jungen Erwachsenen die Wahlbeteiligung sehr deutlich über der 50%-Marke liegt. „Im Alter sinkt die soziale Integration und körperliche Handicaps führen zusätzlich zu einer höheren Wahleuthaltung.“ (Kersting 2004: 410)

„Im Vergleich zur letzten Bundestagswahl ist die Wahlbeteiligung weiter gesunken [...] Am schwächsten ging sie mit 0,2 Prozentpunkten bei den 18- bis 20-Jährigen zurück, am stärksten bei den 25- bis 29-Jährigen (2,0 Prozentpunkte). Bei der Bundestagswahl 2005 weist diese Gruppe fast die gleiche Wahlbeteiligung auf wie die erste Alterskategorie.“ (Jesse 2007: 522f.)

Obwohl Frauen seit der Weimarer Republik wahlberechtigt sind, geben sie auch heute noch seltener ihre Stimme ab als Männer. Die „Mehrheit der Forscher“ begründet dies damit, dass Frauen „oft in der Erziehung anders geprägt“ wurden (Eilfort 1994: 178). Das traditionelle Rollenverständnis der Nachkriegsgeneration wird jedoch immer mehr verdrängt und es ist zu erwarten, dass sich „das Wahlverhalten von Männern und Frauen in Zukunft angleichen wird.“ (Kersting 2004: 411). Bei den Bundestagswahlen 2005 lag die Wahlbeteiligung der Frauen 0,4 Prozentpunkte unter der der Männer – 1957 betrug dieser Unterschied 3,3 Prozentpunkte.

#### 4.1.2 *Bildung und Beruf*

Insbesondere das Bildungsniveau wirkte sich in der Vergangenheit stark auf die Wahlbeteiligung aus: So neigen etwa verhältnismäßig viele ehemalige Hauptschüler zur Wahleuthaltung (vgl. Kersting 2004: 410; Eilfort 1994: 217ff.). Mitte der 1990er Jahre zählte man unter westdeutschen Bürgern mit Hauptschulabschluss 23,6 % potentielle Nichtwähler. Bei Personen mit Real- bzw. Mittelschulabschluss lag dieser Anteil bei 21,7 %, bei Gymnasiums-Absolventen bei 12,3 % (vgl. Renz 1997: 575). In den letzten Jahren hat allerdings auch „der Anteil der Bevölkerung mit hohem Bildungsstatus bei den Nichtwählern stark zugenommen“ (Kersting 2004: 410).

Eng mit der formalen Bildung verknüpft ist auch die berufliche Stellung – auch hier gibt es bestimmte Gruppen, die teilweise verstärkt zur Nichtwahl tendieren. In den alten Bundesländern sind dies Mitte der 1990er Jahre vor allem Arbeiter (26,8 %) und Landwirte (21,4 %). Am geringsten fällt der Anteil potentieller Nichtwähler dagegen unter „höheren Beamten“ aus (7,8 %). (Vgl. Renz 1997: 575)

### 4.1.3 Konfession

In Regionen mit hohem Anteil römisch-katholischer Personen wurde lange Zeit eine hohe Wahlbeteiligung festgestellt. Heute kann dieser Zusammenhang kaum noch festgestellt werden. „Die sinkende Kirchgangshäufigkeit wird dabei vielfach als ausschlaggebender Faktor gesehen. Über die Konfessionen hinaus tendieren die Kirchgänger eher zur Wahlbeteiligung.“ (Kersting 2004: 411)

## 4.2 Milieu und soziales Netzwerk

Besonders Dauernichtwähler sind kaum sozial integriert. Für sporadische Nichtwähler jedoch spielt die Integration in Gruppen wie z.B. Kirchen und Vereinen häufig eine wichtige Rolle. Die Mitgliedschaft kann dazu führen, dass eine soziale Kontrolle ausgeübt wird und die Wahlbeteiligungsnorm vom Betreffenden stärker wahrgenommen wird. Vor allem durch Alltagsnetzwerke wie Familie oder Nachbarschaft wird die eigene Wahlbeteiligung nachhaltig beeinflusst. Geht der „Ehepartner nicht zur Wahl, so bleibt auch die Hälfte der Befragten zu Hause. Gibt er hingegen seine Stimme ab, so beträgt der Nichtwähleranteil nur 6 bis 8 %.“ (Kersting 2004: 411; Eilfort 1994: 70ff.)

## 4.3 Parteibindung und -identifikation

Seit Ende der 1970er Jahre ist in Deutschland ein Aufweichen der Wähler-Partei-Bindungen zu beobachten – ein zentraler Faktor für die Wahlbeteiligung. Der Stammwähler verliert immer mehr an Bedeutung: Der Anteil der Wähler, die „immer dieselbe Partei“ gewählt haben, nahm in der Bundesrepublik zwischen 1983 und 1990 um 5 % ab. Acht Wochen vor der Bundestagswahl 2002 waren 40 bis 50 % der Wahlberechtigten unentschlossen. (Vgl. Kleinhenz 1995: 50; Kersting 2004: 412)

„Als Folge des instabileren Wählerverhaltens nimmt die Bedeutung kurzfristiger Faktoren für die Wahlentscheidung zu. [...] das Aufweichen der Partei-Wähler-Bindungen [kann] ebenso dazu führen, dass man der Wahl einfach fernbleibt.“ (Kleinhenz 1995: 50f.)

Dieses so genannte *Dealignment* führt dazu, dass sich in Gruppen politisch interessierter Personen eine Vielzahl von Wechselwählern findet. Die

Desinteressierten neigen dagegen eher zur Wahlabstinenz. (Vgl. Kersting 2004: 412).

#### **4.4 Kandidaten und Programme**

Nach dem *Rational-Choice*-Ansatz sind für den Wähler jedoch weder die Parteibindung noch die staatsbürgerliche Pflicht von besonderer Bedeutung für seine Wahlbeteiligung. Vielmehr dominieren kurzfristige Motive wie etwa die Wahrnehmung, dass es einem Kandidat oder einer Partei an Kompetenz mangelt oder die Einschätzung, die Wahl sei bereits entschieden.

„Wenn knappe Wahlergebnisse erwartet werden, ist der Motivationsschub nicht so hoch zu bewerten wie mögliche Mitläufereffekte. Demnach schließen sich unentschlossene Wähler bevorzugt der in den Wahlprognosen vorne liegenden Partei an.“ (Kersting 2004: 413)

In den letzten Jahren hat die „Issue- und Kandidatenorientierung“ (ebd.) der Wähler stark zugenommen. Eine positive Bewertung der Kandidaten schwächt demnach den individuellen Trend zur Wahlenthaltung. Hohe Wahlbeteiligungen sind etwa auch dann zu erwarten, wenn eine starke und konfrontative Polarisierung zwischen den Parteien wahrgenommen wird. Die Tatsache, dass seit einigen Jahren die inhaltlichen Unterschiede zwischen den beiden Volksparteien CDU und SPD für den Wähler undeutlicher werden, trägt also gleichfalls zum Anstieg der Nichtwähleranteile bei.

#### **4.5 Wertewandel und Wahlnorm**

Lange waren für den Wertekanon in der deutschen Gesellschaft Kriterien wie Stabilität, Wirtschaftswachstum und innerer Sicherheit tonangebend. Fest verankert darin war auch die Wahlbeteiligung als selbstverständliche Verhaltensnorm: Die Stimmabgabe galt als „Bürgerpflicht“. In den 1980er wuchs allerdings die Bedeutung von *postmaterialistischen* Werten wie politische Emanzipation, Weltfrieden und Umweltthemen.

Die Orientierung von materialistischen zu postmaterialistischen Werten bewirkte auch eine „Umbewertung der politischen Arena“ und gilt als wichtiger Grund für den Bedeutungsverlust, den die Wahlbeteiligungsnorm in

den 1990er Jahren erlitten hat (vgl. Renz 1997: 586f.). Das abnehmende Wahlpflichtsbewusstsein ist zu erklären

„mit einem Wandel der [...] Untertanenkultur hin zu einer aktiven politischen Kultur, in der neben konventionellen vor allem unkonventionelle Beteiligungsformen als komplementäre Partizipationsinstrumente des politischen Handlungsrepertoires in Erscheinung treten.“ (Kersting 2004: 414)

Solche Instrumente sind etwa Demonstrationen, Unterschriftensammlungen und die Gründung von Bürgerinitiativen. Tatsächlich werden diese jedoch nur von Minderheiten wahrgenommen. Der Nichtwähleranteil nahm in der Folge des Wertewandels allerdings in nahezu allen soziokulturellen Gruppen zu, wobei bei der älteren Bevölkerung die Wahlnorm noch recht stark akzeptiert ist (vgl. Kleinhenz 1995: 140). „Der zunehmende Entkopplungsprozess und die Abnahme des Wahlpflichtbewusstseins lassen vermuten, dass in Zukunft die Wahlbeteiligung weiter sinken wird.“ (Kersting 2004: 415)

## **5. Deutung der abnehmenden Wahlbeteiligung**

Das Phänomen des starken Nichtwählerzuwachses und seine Auswirkungen für die Demokratie in Deutschland werden in der Wahlforschung unterschiedlich bewertet. Es konkurrieren im Wesentlichen zwei Erklärungsstränge, die *Normalisierungs-* und die *Krisenthese*.

### **5.1 Normalisierungsthese**

Vertreter der Normalisierungsthese vermuten, dass die Wahlnorm in Deutschland bis in die 1980er unnatürlich stark verankert war. Den Rückgang der Wahlbeteiligung sehen sie daher als einen Normalisierungsprozess. Die Nichtwahl entwickle sich zu einer akzeptierten Option des Wahlverhaltens – Uninteressierte müssten nicht mehr um jeden Preis zur Wahl gehen. Zusammen mit der Wahlbeteiligungsnorm „lösen sich die klassischen gesellschaftlichen Milieus auf, was zu einer nachlassenden soziopolitischen Bindung politisch eher desinteressierter und inaktiver Bürger führt.“ (Kersting 2004: 404)

## 5.2 Krisenthese

Die Gegenposition sieht in der steigenden Wahlverweigerung „eine Krise des parlamentarisch-repräsentativen Systems“. (Renz 1997: 572) Ein demokratischer Staat kann demnach nur stabil funktionieren, sofern die Wahlbeteiligungen entsprechend hoch sind. Die Enthaltung sei eher als „Ausdruck der Unzufriedenheit mit den politischen Herrschaftsträgern“ (ebd.) zu verstehen. Überdies zeichne sich der neue Nichtwählertyp zum Teil auch durch hohes politisches Interesse aus.

## 6. Nichtwähler in anderen Ländern

Zwischen 1983 und 1990 konnte man in allen damaligen EG-Staaten rückläufige Wählerzahlen beobachten, auch wenn die Zunahme der Nichtwähler in Deutschland am heftigsten ausfiel. Es handelt sich bei der sinkenden Wahlbeteiligung „also um einen internationalen Trend, der in vielen Ländern schon lange andauert“ (Eilfort 1994: 53).

Im Folgenden sollen einige Fallbeispiele zeigen, wie sich heute die Wahlbeteiligung in anderen westlich-liberalen Ländern ausprägt.

### 6.1 USA

Ein klassisches Beispiel für eine stabile Demokratie mit notorisch geringer Wahlbeteiligung sind die USA. An den Kongresswahlen beteiligen sich in der Regel weniger als 40 % der erwachsenen Amerikaner. Wichtiger für sie ist der Urnengang bei der (indirekten) Wahl des Präsidenten: An den letzten Präsidentschaftswahlen 2004 nahmen 55,3 % der erwachsenen Amerikaner teil – seit 36 Jahren das höchste Ergebnis (1968: 60,8 %). Der Anteil der Nichtwähler stieg zwischen 1960 und 1988 kontinuierlich um ca. 10 Prozentpunkte an. Ab 1992 blieben die Wahlbeteiligungen zwar wechselhaft, haben sich aber auf einem Niveau deutlich über der 50%-Marke eingependelt. (Vgl. Infoplease 2008)

Ein Grund für das niedrige Wahlpflichtsbewusstsein könnte der Personenwahlkampf in den USA sein, bei dem die Parteizugehörigkeit nur eine un-

tergeordnete Rolle spielt. Wenn sich der eigene Wunschkandidat bei den Vorwahlen nicht durchsetzen konnte, haben viele Wähler keine Motivation mehr, einem früheren Gegner ihre Stimme zu geben. Zudem bekommen die Bürger nicht „automatisch“ ihren Wahlschein, sondern müssen sich für die Wahl registrieren. Forscher erklären das sinkende Wahlengagement auch damit, dass sich die Austragung politischer Auseinandersetzungen auf andere Ebenen verlagert habe, z.B. zu den Gerichten. (Vgl. Eilfort 1994: 50f.)

## 6.2 Schweiz

Die Schweiz ist das Land in Europa mit einer der geringsten Wahlbeteiligungen. Während des 20. Jahrhunderts hat sich hier ein beeindruckender Rückgang ereignet: 1919 gingen 80,4 % der wahlberechtigten Eidgenossen zur Nationalratswahl, 1995 waren es 42,2 %. Seitdem ist die Wahlbeteiligung wieder etwas gestiegen und lag bei den letzten Wahlen 2007 bei 48,3 %. Der Wahl des Parlaments kommt

„in der Schweiz nicht die Bedeutung zu wie in anderen Ländern, da es auf allen Systemebenen eine Vielzahl von Mitwirkungs- und Mitentscheidungsmöglichkeiten für die Bürger gibt, die nicht nur die Bedeutung der Nationalratswahl relativieren, sondern ebenso zu einer gewissen Abstimmungsmüdigkeit führen können.“ (Eilfort 1994: 51)

## 6.3 Frankreich

In der V. Republik ist die Präsidentenwahl das wichtigste Wahlereignis. Dies spiegelt sich auch in den Nichtwählerzahlen wider, die ähnlich gering sind wie in Deutschland. Auch in Frankreich war die rückläufige Tendenz der Wahlbeteiligung zu beobachten, wenn auch weniger extrem: Zwischen 1974 und 2002 sank diese von 87,3 auf 79,7 % (jeweils 2. Wahlgang). Bei der Präsidentenwahl im vergangenen Jahr stieg die Wahlbeteiligung erstmals wieder (84 %). (Vgl. Carr 2008)

## 6.4 Niederlande

In den Niederlanden registrierte man Anfang der 1970er Jahre einen heftigen Einbruch der Wahlbeteiligung. Bis dahin hielt diese fast 50 Jahre lang ein äußerst hohes Niveau, sogar mit steigender Tendenz: Zwischen 1925 und 1967 beteiligten sich immer zwischen 91 und 95 % an den Wahlen



zur Zweiten Kammer. 1971 stieg der Nichtwähleranteil um mehr als 15 Prozentpunkte auf 20,92 %. Dies könnte mit der Auflösung der *Verzuiling* zu tun haben, die ebenfalls in diese Zeit fiel.

Ab 1971 verliefen die Wahlbeteiligungen unregelmäßiger, doch zumeist oberhalb der 80-%-Marke. Nachdem 1998 der historisch niedrigste Anteil von Niederländern zur Parlamentswahl mobilisiert werden konnte (73,35 %), liegen die Beteiligungen der letzten drei Wahlen stets bei ca. 80 %. (Vgl. [nlverkiezingen.com](http://nlverkiezingen.com) 2007)

## **7. Schlussbetrachtung**

Seit den 1980er Jahren zeigt sich in Deutschland ein Trend, der in vielen Demokratien schon länger andauert: Immer mehr Bürger entscheiden sich, an den Bundes-, Landtags oder Kommunalwahlen nicht teilzunehmen. „Die starke Zunahme der Wahlenthaltung ist eines der herausragenden Phänomene dieser Jahre“ (Eilfort 1994: 337) und steht symbolhaft für einen Wertewandel, den die Deutschen durchlaufen und der wohl noch nicht abgeschlossen ist. Die jahrelang dominierende Verhaltensnorm der „Stimmabgabe als Bürgerpflicht“ wird zunehmend aus der Gesellschaft verdrängt.

Ohne weiteres kann man jedoch allein aus der steigenden Wahlenthaltung nicht auf eine Krise des politischen Systems schließen oder etwa seinen Bürgern eine demokratische „Unreife“ attestieren. Verschiedene Beispiele zeigen, dass Demokratie auch funktionieren kann, wenn es eine größere Zahl von Nichtwählern im Land gibt.

## Literaturverzeichnis

- Alemann, U. v. (2000): Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen.
- Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (2008): Wahlbeteiligung. Neuchâtel.  
„[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national\\_rat/wahlbeteiligung.html](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/17/02/blank/key/national_rat/wahlbeteiligung.html)“ (abgerufen 29.3.2008)
- Bundeswahlleiter (2008): Website. Wiesbaden.  
„<http://www.bundeswahlleiter.de>“ (abgerufen 29.3.2008)
- Carr, A. (2008): Psephos – Adam Carr's Election Archive: French Republik. Melbourne. „<http://psephos.adam-carr.net/countries/f/france/>“ (abgerufen 29.3.2008)
- Eilfort, M. (1994): Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens. Paderborn.
- Infoplease (Hrsg.) (2008): National Voter Turnout in Federal Elections: 1960–2006. Boston. „<http://www.infoplease.com/ipa/A0781453.html>“ (abgerufen 29.3.2008)
- Jesse, E. (2007): Die Bundestagswahl 2005 im Spiegel der repräsentativen Wahlstatistik. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2007): Wirtschaft und Statistik 5/2007. Wiesbaden: 521 – 526  
„<http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/WirtschaftStatistik/Gastbeitraege/Bundestagswahl2005,property=file.pdf>“ (abgerufen 29.3.2008)
- Kersting, N. (2004): Nichtwähler. Diagnose und Therapieversuche. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 14: 403 – 427
- Kleinhenz, T. (1995): Die Nichtwähler. Ursachen der sinkenden Wahlbeteiligung in Deutschland. Opladen.
- Korte, K.-R. (o.J.): Nichtwähler und Protestwähler. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2008): Website der BZpB. Bonn.  
„[http://www.bpb.de/themen/FSCODB,0,0,Nichtw%E4hler\\_und\\_Protestw%E4hler.html](http://www.bpb.de/themen/FSCODB,0,0,Nichtw%E4hler_und_Protestw%E4hler.html)“ (abgerufen 29.3.2008)

- Landeszentrale für politische Bildung NRW (Hrsg.) (1998): Wahlen 98: Wahlen in der DDR. Düsseldorf. „<http://www.wahlen-98.de/HTML/ARCHIV/wahlerg.htm#DDR>“ (abgerufen 29.3.2008)
- Moehl, M.(2008): Election.de: Wahlergebnisse. Hamburg. „[http://www.election.de/cgi-bin/content.pl?url=ltw\\_wahl.html](http://www.election.de/cgi-bin/content.pl?url=ltw_wahl.html)“ (abgerufen 29.3.2008)
- nlverkiezingen.com (2007): Nederlandse verkiezingsuitslagen 1918-nu. „<http://www.nlverkiezingen.com>“ (abgerufen 29.3.2008)
- Noelle-Neumann, E. (1976): Veränderte Landschaft. Die Unions-Anhänger sind zum Kampf entschlossen. In: Die Zeit 37/1976: 6 „<http://images.zeit.de/text/1976/37/Veraenderte-Landsdiaft>“ (abgerufen 29.3.2008)
- o.V. (2003): Nordkorea vermeldet 99,9 Prozent Wahlbeteiligung. In: Berliner Zeitung v. 05.08.2003. „<http://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2003/0805/index.html>“ (abgerufen 29.3.2008)
- Renz, T. (1997): Nichtwähler zwischen Normalisierung und Krise. Zwischenbilanz zum Stand einer nimmer endenden Diskussion. In: ZParl 28: 572 – 591
- Schubert, K. / Klein, M. (2006): Das Politiklexikon. Bonn. „<http://www.bpb.de/lexika>“ (abgerufen 29.3.2008)